



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

25.09.01

Ergebnisse der Fraktionsberatungen am Montag, den 24.09.01

Presseerklärung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben folgende Themen diskutiert und Positionen dazu entwickelt:

1. Flughafen

Der Rat soll einem Antrag der Flughafen Dortmund GmbH auf Änderung der Planfeststellung zustimmen, der Flugzeugtypen zuläßt, die die jetzt gültigen Gewichtsbeschränkungen überschreiten.

Die Festlegung der Gewichtsbeschränkung gehörte ebenso wie die Einhaltung der Nachtruhezeiten von 22.00-06.00 Uhr zu den elementaren Bestandteilen des Lärmschutzes und war eine der wesentlichen Zusicherungen gegenüber der anliegenden Wohnbevölkerung im Verfahren zum Flughafenausbau. Nunmehr soll auch dieser Bestandteil des Planfeststellungsbeschlusses aufgeweicht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden weder der Dringlichkeit zustimmen, noch dem Beschlußvorschlag der Verwaltung folgen:

Zum anderen ist die bisherige Entwicklung des Flughafens Dortmund - aller gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz - mit immer mehr und nicht weniger Lärmemissionen verbunden. Flugzeuge mit grösserer Masse brauchen bekanntlich flachere An- und Abflugwinkel und verlärmern – wie in der Vergangenheit in den südlichen Stadtteilen zu beobachten – zunehmend Wohngebiete, die bisher wenig vom Flugverkehr betroffen waren. Zum einen hat Flughafenchef Nunkesser mal wieder versucht, eigenmächtig und am Rat vorbei die gültigen Beschlüsse zu umgehen. Der RP wiederum hat aus Gründen der Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen Ausnahmegenehmigungen zugelassen. Dies entspricht nicht dem Sinn und Zweck des aufwendigen Planfeststellungsverfahrens, das darauf abzielt, den AnwohnerInnen Rechtssicherheit in Bezug auf zukünftige Entwicklungen des Flughafens zu verschaffen. Mit dem Planfeststellungsbeschluß sollte sichergestellt



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

werden, dass der Geschäftsflugverkehr gegenüber der Tourismusbranche einen vorrangigen Stellenwert im gesamten Flugverkehr erhalten solle. Die Zulassung von Flugzeugen mit höherem Abfluggewicht dient aber ausschließlich der Förderung des Tourismusgeschäftes..

Politisch ist eine Zustimmung zur Änderung nicht zu begründen. Denn damit steht zum wiederholten Male die Glaubwürdigkeit des Rates auf dem Spiel.

2. Boulevard Kampstraße

Der Rat soll einem Konzept zur städtebaulichen Neuordnung des Umfeld der Kirchen St.Reinoldi und St. Petri zustimmen, dessen Grundlage das Ergebnis des Wettbewerbes und die Machbarkeitsstudie Boulevard Kampstraße sind.

Die Architekten schlugen unter anderem vor, die Umfelder der beiden grossen innerstädtischen Kirchen neu zu ordnen. Nunmehr haben sich die Vorschläge konkretisiert.

Wünschenswert ist auch aus unserer Sicht, daß insbesondere die vorhandenen Pavillons im Umfeld der Kirchen entfernt werden. Dass die Kirchengemeinden einen angemessenen Ausgleich dafür erwarten, ist nachzuvollziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind allerdings skeptisch, ob zwei 5-geschossige Baukörper tatsächlich in den neuen Boulevard Kampstraße zu integrieren sind und dazu beitragen den Raum um die Kirchen optimal zu gliedern. Da es sich in beiden Fällen um hochsensible innerstädtische Bereiche handelt, vertreten wir die Auffassung, daß hier auf keinen Fall eine übereilte Grundsatzentscheidung für diese Gebäude getroffen werden sollte. Vielmehr müssten in diesem besonderen Fall Simulationsmodelle erstellt werden, um auch Laien eine Vorstellung von der neuen räumlichen Gliederung des Boulevards einschließlich der geplanten Gebäude zu vermitteln.

Die Einbeziehung des Gestaltungsbeirates ist aus unserer Sicht dringend geboten. Fachkundiger Rat schränkt den Handlungsspielraum des Rates nicht ein, sondern qualifiziert die Entscheidungsträger.

Für die Bebauung südlich des Reinoldikirche gelten ähnliche Bedenken. Hier würde unmittelbar der neu gestaltete Bereich der Kleppingstraße berührt. Inwieweit dies städtebaulich vertretbar ist, müßte mindestens gründlich geprüft werden. Ein Verzicht auf diesen Teil der Bebauung könnten eventuell durch die Bereitstellung eines innerstädtischen Ersatzgrundstückes kompensiert werden.

3. Bauvoranfrage Forensik

Der Landesbeauftragte für Maßregelvollzug hat der Fraktion die Inhalte der Bauvoranfrage erläutert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen nach wie vor zu der Entscheidung des Landes, in Dortmund einen Forensik-Standort zu errichten. Wir gehen davon aus, daß die



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Sicherheitsstandards für Patienten der Forensik in vollem Umfang realisiert werden und halten die entsprechenden Darlegungen für plausibel.

Kritik wurde lediglich an dem Verfahren geübt, das wenig Spielraum zur Einflußnahme durch den Beirat und die politischen Gremien gewährt. Die Bauvoranfrage enthält nicht nur Angaben über Maß und Art der Nutzung, sondern basiert letztlich auf einem vollständigen Konzept, was bei der Art der Einrichtung auch sicherlich Sinn macht.

Allerdings sollten, zumindest in Bezug auf die äußere Gestalt und die direkte Anbindung an angrenzende Wohngebiete, mehr Möglichkeiten der Mitsprache und Einflußnahme geschaffen werden. Sobald eine die Bauvoranfrage vom Rat positiv beurteilt worden ist, sollte in Zusammenarbeit mit dem Beirat eine Informationsveranstaltung vor Ort durchgeführt werden, um die Pläne vorzustellen. Dem Rat sollte vorbehalten sein, in Fragen, die die Vor-Ort-Situation betreffen, Änderungen vorzuschlagen. Wir erwarten, daß das Land in diesem Fall um einvernehmliche Lösungen bemüht ist.